Anfrage

öffentlich

Datum

12.08.2009

Nummer

F0126/09

Absender

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Adressat

Oberbürgermeister
Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

13.08.2009

Kurztitel

Wichtige Angelegenheiten der Gemeinde

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

lange vor der Dienstberatung des Oberbürgermeisters am 04.08.09 war bekannt, dass in dieser Sitzung über eine Drucksache zum Ausbau des Eisenbahnknotens Magdeburg beraten werden sollte. Üblicherweise werden diese, zunächst in nichtöffentlicher Beratung des OB mit den Beigeordneten behandelten Vorlagen nach Sitzungsende für die Fraktionen und Stadträte durch Freigabe öffentlich gemacht.

Nicht so diese Drucksache zum Ausbau des Tunnels (DS0266/09). Diese blieb auch nach Sitzungsende der OB-Beratungsrunde unter Verschluss. Als Begründung wurde angegeben, dass diese Drucksache am Tag nach der OB-Beratung, also am 05.08., zunächst den Medienvertretern in einer nicht öffentlich einberufenen Sitzung des Oberbürgermeisters bekannt gegeben werde. Eine Teilnahme an der Pressekonferenz blieb den Stadträten auch auf Nachfrage verwehrt. Erst nach der Pressekonferenz, also 24 Stunden nach Ende der OB-Beratung erfolgte dann die Freigabe der Drucksache an die Fraktionen und Stadträte.

Für uns ist es nicht akzeptabel, dass eine derart wichtige Drucksache den gewählten Vertretern der Bürgerschaft erst einmal vorenthalten wird, bis sie der Presse vorgestellt wurde!

Wir fragen daher an:

1. Auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgt der Umgang des Oberbürgermeisters in der oben beschriebenen Art und Weise mit der als öffentlich ausgewiesenen Drucksache?
2. Wird eine solche Drucksache und die damit verbundene Entscheidung, die eine solche Tragweite hat, wie sie bekanntermaßen die Entscheidung zum Tunnelausbau ist, vom Oberbürgermeister als eine „wichtige, die Gemeinde und ihre Verwaltung betreffende Angelegenheit“ angesehen, wie sie in § 62 Abs. 2 GO-LSA geregelt ist?

3. Wenn ja, welche Gründe sprechen aus Sicht der Verwaltung für die vom OB gewählte Verfahrensweise?
4. Müssen die gewählten Stadträte erst eine Akkreditierung als Journalisten nachweisen, bevor der Oberbürgermeister ihnen gegenüber seiner Verpflichtung zur Information über wichtige Gemeindeangelegenheiten nachkommt?
5. Halten Sie diese Verfahrensweise für vertrauensbildend für die zukünftige Zusammenarbeit des neuen Stadtrates und der Verwaltung/dem Oberbürgermeister, wenn trotz der vom Stadtrat immer wieder angemahnten Regelung in § 62 GO-LSA so mit den Fraktionen und Stadträten verfahren wird?

Wir bitten um mündliche Beantwortung der Anfragen in der SR-Sitzung am 13.08.09.

Wolfgang Wähnelt
Fraktionsvorsitzender